



per Telefax/E-Mail

München, 29.4.2009

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

- Pressemitteilung -

Versammlung am 1. Mai 2009 in Weiden i.d.Opf. darf stattfinden

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) hat mit heute bekannt gewordenem Beschluss vom 28. April 2009 die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Regensburg vom 22. April 2009 bestätigt, wonach die in Weiden i.d.Opf. für den 1. Mai 2009 angemeldete Versammlung mit dem Thema „Massenarbeitslosigkeit überwinden - Kapitalismus zerschlagen!“ im Zeitraum von 14.00 bis 18.00 Uhr stattfinden darf. Lediglich die vom Verwaltungsgericht festgelegte Wegstrecke im Abschnitt Stockerhutweg wurde geringfügig abgeändert. Grund dafür sind tatsächliche Hindernisse infolge von Tiefbauarbeiten zur Erneuerung von Wasserleitungen an der betroffenen Straße.

Die Stadt Weiden hatte die Versammlung mit Bescheid vom 31. März 2009 verboten, weil von ihr eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Sinne des Bayerischen Versammlungsgesetzes ausgehe. Die Gefährdung wichtiger Rechtsgüter ergebe sich insbesondere durch das Zusammentreffen der Versammlung mit weiteren an diesem Tag im Stadtgebiet geplanten bzw. stattfindenden Veranstaltungen. Das Verwaltungsgericht Regensburg hat mit Beschluss vom 22. April 2009 die aufschiebende Wirkung der Klage des Versammlungsleiters hiergegen unter Auflagen angeordnet, weil es ein Versammlungsverbot für unverhältnismäßig und damit für rechtswidrig hielt. Die vom Verwaltungsgericht verfügten Auflagen enthielten zeitliche und räumliche Beschränkungen der Versammlung.

Die dagegen von der Stadt Weiden eingelegte Beschwerde blieb erfolglos. Die gesetzlichen Voraussetzungen für ein Verbot der Versammlung liegen auch nach Auffassung des BayVGH nicht vor. Hierzu wäre erforderlich, dass von der Versammlung eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung ausgehe. Dafür seien hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte erforderlich. Bloße Verdachtsmomente und Vermutungen seien auch nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu dem in Art. 8 Grundgesetz verankerten Versammlungsgrundrecht nicht ausreichend. Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sei ein Versammlungsverbot nur als letztes Mittel zulässig, wenn die Zulassung der Veranstaltung auch unter Auflagen nicht (mehr) möglich sei. Eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit gehe vorliegend nicht unmittelbar von der streitigen Versammlung und ihren Teilnehmern aus, sondern ergebe sich vielmehr daraus, dass am 1. Mai 2009 weitere Versammlungen und Veranstaltungen im Stadtgebiet

Pressesprecher

Ri'inVGH Andrea Breit, Tel. 2130-334, Fax 2130-315

RRin Christiane Viefhaus, LL.M., Tel. 2130-264,
Fax 2130-464

Postanschrift

Postfach 34 01 48

80098 München

Dienstgebäude

Ludwigstr. 23

80539 München

Telefon

(089) 21 30-0

E-Mail: poststelle@vgh.bayern.de

Telefax

(089) 21 30 320

Internet: <http://www.vgh.bayern.de>

stattfänden. Zur Abwehr dieser Gefährdung sei es jedoch im konkreten Fall ausreichend, die teilweise räumlich und zeitlich konkurrierenden Veranstaltungen durch die angeordneten Beschränkungen zu trennen und zu entzerren. Es gebe keine konkreten Tatsachen oder Anhaltspunkte dafür, dass aus der streitgegenständlichen Versammlung heraus strafbares Verhalten zu erwarten sei, das ein Versammlungsverbot rechtfertigen würde.

Ein Rechtsmittel gegen diesen Beschluss gibt es nicht.

(Bayer. Verwaltungsgerichtshof, Beschluss vom 28.4.2009 Az. 10 CS 09.956)